

# CAMPUSZEITUNG



FOTO: © YUMIKO ROHRECK

## Die Zukunft hat meistens das Nachsehen

In den nächsten Jahren muss es gelingen, die Qualität von Studium und Lehre an den Hochschulen in Deutschland nachhaltig zu verbessern. Die Länder haben jedoch vielfach nicht die Mittel, die Unterfinanzierung zu überwinden, der Bund nicht die Kompetenzen. Das Nachsehen haben die Lehrenden und Studierenden – dabei sollen sie die heute angehäuften Schuldenberge eines Tages abtragen. **Von Philipp Antony**

„Es gibt nur eins, was auf Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung“, befand John F. Kennedy und brachte damit aphoristisch auf den Punkt, dass Investitionen in die Qualität von Schule, Ausbildung, Studium und Lehre zwar einen hohen Preis haben, aber dennoch zu unverzichtbaren gesellschaftlichen Zukunftsinvestitionen zählen. Diese Einsicht ist in der Bildungspolitik auch weitgehend unumstritten, allerdings ist auffällig, dass es vielfach nicht gelingt, sie in politisches Handeln zu überführen. Zwei Beispiele.

Der Blick aufs große Ganze: Baustelle „Ausgaben für Forschung und Entwicklung“. Da das in Lissabon verabredete Ziel, die nationalen F&E-Aufwendungen bis 2010 auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, nicht erreicht worden ist, hat man es sich für

2015 einfach erneut vorgenommen. Während sich die bereits proklamierte „Bildungsrepublik“ also noch etwas gedulden muss, bis sie sich ihres Namens würdig erweisen kann, haben sich andere Staaten längst ambitioniertere forschungspolitische Ziele jenseits der Drei-Prozent-Marke gesetzt. Der Blick nach innen: Baustelle „Studium und Lehre“. Der Wissenschaftsrat hat bereits 2008 mit den Stimmen von Bund und Ländern ein Bündel von Maßnahmen vorgeschlagen, um die Qualität von Studium und Lehre anzuheben: die Verbesserung der im internationalen Vergleich schlechten Betreuungsrelationen, mehr Personalmittel für Tutorien, Beratung und Fortbildungen oder die Einrichtung von Fachzentren für die Hochschullehre, um nur einige zu nennen. Insgesamt ein Paket von 1,1 Milliarden

Euro, das jedoch in dieser Form nie bei den Hochschulen angekommen ist, weil die Finanzkrise dem Vorhaben einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Immerhin wurde der Hochschulpakt fortgeschrieben, um die steigenden Studierendenzahlen bewältigen zu können – doch leider sind die dort festgelegten Beträge geringer als die durch einen Studienplatz entstehenden Kosten. Die Qualität hat also gegenüber der Quantität letztlich das Nachsehen im föderalen bildungspolitischen Zusammenwirken. Welche Schlussfolgerungen kann man aus den Beispielen ziehen? Geld allein ist selbstverständlich nicht der einzige Weg, um die Qualität von Lehre und Studium anzuheben. Auch die Hochschulen können viel beitragen, indem sie Qualität zur Chefsache erklären und sich offenen bzw. nur notdürftig gesicherten

Baustellen widmen: Die Konzeption und Studierbarkeit von Studiengängen wäre beispielsweise einer selbstkritischen Analyse zu unterziehen, die Übergänge zwischen Bildungsbereichen müssten verbessert und die Anschlussfähigkeit von Bildungsgängen angegangen werden, um insgesamt mehr Flexibilität zu ermöglichen.

Mit Blick auf die Politik ist zu hoffen, dass es gelingt, das wenig produktive Geflecht von Kompetenzen und Potenzen föderal neu zu sortieren. Zum Wohle der Hochschulen, ihrer Angehörigen und – wenn Kennedy Recht haben sollte – zum Wohle der Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems.

Philipp Antony ist Referent für Bildung und Wissenschaft der Heinrich-Böll-Stiftung.

### Bildungs-gerechtigkeit

**Von Ralf Fücks**

Unser Bildungssystem hat eine soziale Schlagseite. Es privilegiert die Privilegierten. Wer von unten kommt, hat es schwerer als andere. Immer noch stoßen Migrantinnen und Migranten auf subtile oder offene Formen der Abwertung, weil andere Aspekte über Bildungswege entscheiden als Begabungen, Talente und Fähigkeiten. Für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen, muss daher eines der großen Ziele künftiger Bildungspolitik sein. Es geht darum, den Anspruch auf Gleichheit und Gerechtigkeit zu verwirklichen – gerade im Bildungsbereich, wo schon früh Lebenschancen eröffnet oder verbaut werden. Ohne Bildung kein sozialer Aufstieg. Unsere Gesellschaft kann sich weniger denn je leisten, Kinder aus „bildungsfernen Schichten“ nicht zu fördern. Schon heute öffnet sich eine wachsende Fachkräfte-Lücke. Der demografische Wandel verschärft dieses Problem. Gute Bildung für alle wird zur Schlüsselfrage für den Wohlstand von morgen. Das Ziel ist und bleibt: mehr Gerechtigkeit im Bildungssystem.

Ralf Fücks ist Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

## „Den Finanzdeckel aufheben“

Die Grünen Bildungspolitiker Krista Sager und Kai Gehring fordern mehr Geld für die Hochschulen und eine Lockerung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern, um Bildung und Wissenschaft nachhaltig zu finanzieren

 **Frau Sager**, seit Jahren wird über die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen debattiert. Warum ist es so schwierig, dagegen etwas zu unternehmen?

In den letzten Jahren sind zwar erhebliche zusätzliche öffentliche Mittel in

das Wissenschaftssystem geflossen, das Problem der erodierenden Grundfinanzierung der Hochschulen wurde damit aber nicht behoben. Im Gegenteil – die Probleme wurden durch Sonderprogramme wie den Pakt für Forschung und Innovation, die Exzellenzinitiative oder den Hochschulpakt zum Teil sogar

verschärft und werden sich durch die Schuldenbremse für die Länder noch weiter vergrößern.

Der Hochschulpakt schafft zwar Studiermöglichkeiten, finanziert aber nicht die Vollkosten eines Studienplatzes. Durch die dramatisch gestiegene Drittmittequote werden zusätzliche Grundmittel gebunden. Gleichzeitig verstärken die Drittmittel die Tendenz zur Kurzzeitbefristung von Beschäftigungsverhältnissen. Der Pakt für Forschung und Innovation, von dem vor allem die außeruniversitären Forschungseinrichtungen profitieren, löst bei den Ländern erhebliche Mitfinanzierungspflichten aus. Diese Mittel stehen dann bei der Grundfinanzierung der Hochschulen nicht zur Verfügung.

 **Zusammen mit Kai Gehring haben Sie zu Jahresbeginn Vorschläge für einen Umbau der Hochschulfinanzierung unterbreitet. Was sind die zentralen Anliegen der Grünen?**

Wir wollen, dass mehr Geld in die Haushalte der Hochschulen fließt. Das kann man auf unterschiedliche Weise erreichen: Der Bund könnte etwa eine größere Verantwortung bei der gemeinsamen Forschungsförderung übernehmen, und die Länder könnten sich im Gegenzug dazu verpflichten, die frei werdenden Mittel in die Hochschulen zu investieren. Der Bund könnte beispielsweise bei der Max-Planck-Gesellschaft und der Leibniz-Gemein-

schaft 70 statt bisher 50 Prozent der Kosten übernehmen und die Programmpauschale erhöhen.

Ein zweites zentrales Thema ist die Befristung von Arbeitsverhältnissen, die inzwischen extrem ausgefertigt ist. Wir wollen daher die Wissenschaftspakte an Mindeststandards für vernünftige Beschäftigungsverhältnisse koppeln. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen sich verbindlich verpflichten, für eine nachhaltige Personalentwicklung zu sorgen.

 **Herr Gehring, warum sehen Sie vor allem im Bereich Finanzen den Schlüssel für mehr Qualität in Studium und Lehre?** **Fortsetzung Seite 2**

Fortsetzung von Seite 1

Die Anforderungen an die Hochschulen steigen: mehr Studierende, eine vielfältigere Studierendenschaft, Öffnung für Erwachsenen- und Weiterbildung, Technologie- und Wissenstransfer, regionale Vernetzung und Internationalisierung. All diese Daueraufgaben bewältigen die Hochschulen mit einer Grundfinanzierung, die zwischen 1995 und 2008 nur um 16 Prozent gestiegen ist. Das entspricht nicht einmal einem Inflationsausgleich. Im selben Zeitraum wuchs die Zahl der Studienanfänger um 34 Prozent. Inzwischen berichten vier von zehn Studierenden von überfüllten Seminaren und Vorlesungen oder ausgebuchten Pflichtveranstaltungen. Das verschlechtert Studienbedingungen und gefährdet Bildungsaufstiege! Wer heute nur halberzig in bessere Bildung investiert, wird Fachkräftemangel und soziale Folgekosten ernten.

**Was muss geschehen, damit sich die Situation der Studierenden tatsächlich verbessert?**

Der Bedarf an Studienplätzen bleibt noch lange Zeit auf hohem Niveau. Der Hochschulpakt muss daher aufgestockt und verstetigt werden, damit zusätzliches Personal eingestellt und Baumaßnahmen eingeleitet werden können. Steht der Bund weiter auf der Bremse, werden Länder und Hochschulen ab 2014 auf sich allein gestellt sein, die zusätzlichen Studienanfänger zu finanzieren. Der bisherige Finanzdeckel muss daher aufgehoben werden, um bessere Studienbedingungen zu ermöglichen. Allein dafür sind ab 2014 jährlich eine Milliarde Euro zusätzlich notwendig. Auch müssen die Weichen für eine Neustaltung des Paktes ab 2016 gestellt werden.

**Im Grundgesetz ist das „Kooperationsverbot“ verankert, das in der Bildung das Zusammenwirken von Bund und Ländern untersagt und in der Wissenschaft in enge Bahnen zwingt. Warum wollen Grüne und SPD Kooperationsmöglichkeiten erweitern?**

Das Kooperationsverbot muss vollständig fallen. Der Vorschlag von Union und FDP, ein paar „Leuchtturm-Unis“ mit Bundesmitteln zu fördern, läuft an den drängendsten Problemen vorbei. Herausforderungen wie Ganztagsschulen, Inklusion und Studienplätze müssen von Bund und Ländern endlich gemeinsam bewältigt werden. Dafür braucht es eine Ermöglichungsverfassung für Bildung und Wissenschaft sowie eine echte Verantwortungspartnerschaft von Bund und Ländern.



Krista Sager ist Sprecherin für Wissenschafts- und Forschungspolitik, Kai Gehring Sprecher für Bildungs- und Hochschulpolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

# Gesucht: Hochqualifizierte aller Fachrichtungen

Der demografische Wandel eröffnet neue Berufschancen für Studierende aller Disziplinen. Von Stefanie Groll

Das IW Köln rechnet für die kommenden 15 Jahre mit einem „Bedarf von knapp 1,2 Millionen zusätzlichen Akademikerstellen“. Für die heutigen Studierenden ist das verheißungsvoll: Sie werden gebraucht und ihr Studium scheint sie gegen Arbeitslosigkeit abzusichern. Doch gilt das für alle Studierenden? Bekommen Sprachwissenschaftler/innen dank demografischen Wandels in Zukunft genauso einfach einen Job wie Ingenieure? Wie viele Absolvent/inn/en aus leidiger Erfahrung wissen, ist der

Einstieg in das Berufsleben holprig, denn der Arbeitsmarkt gibt sich höchst selektiv, was die Studienfächer betrifft.

## MINT-Fächer sind in der Offensive

Die Selektivität des Beschäftigungssystems lässt sich in der Tat gut entlang der Studie „Hochschulabschlüsse im Umbruch“ der Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) nachzeichnen (2009). Die Daten belegen, dass

es bisher nicht egal ist, was man studiert. Studierenden von Fächern ohne klaren Berufsfeldbezug sehen es eher gelassen. Trotz der objektiv schlechten Bedingungen beim Berufseinstieg sind sie mehrheitlich doch zufrieden, bereuen ihre Fächerwahl nicht. Die Prognose des IW Köln deutet jedoch darauf hin, dass auch sie demnächst gebraucht werden, in Industrie und Dienstleistungen - und in Branchen, die bisher vor allem die MINT-Studierenden umwerben.

## Unternehmen müssen mehr in den Nachwuchs investieren

Methodische Kompetenzen wie „fachliches, auch disziplinübergreifendes Urteilsvermögen, die Fähigkeit zur Nutzung von Recherche- und Arbeitstechniken sowie von Methoden des Zeit- und Projektmanagements“ gehören zum Kern der akademischen Ausbildung. Und natürlich soziale Kompetenzen wie „Kommunikationsfähigkeit auch in anderen Sprachen, Teamfähigkeit und die Fähigkeit zur Nutzung von Präsentations-, Moderations- und Feedbacktechniken“. So steht es in einem Memorandum der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber (BDA), des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Hier wird auf Kompetenzen gesetzt, die auch oder gerade Studierende erlangen, die in den Sozial- und Geisteswissenschaften zu Hause sind.

BDA, BDI und HRK legen den Unternehmen nahe, die übergreifenden Kompetenzen aller Hochschulabsolventen zu erkennen, ihnen den Berufseinstieg zu erleichtern und sie bedarfsgerecht weiterzubilden. BDA, BDI und HRK haben erkannt, dass es Aufgabe der Unternehmen ist, in die Weiterbildung und das Kompetenzprofil der Berufseinsteiger/innen zu investieren. Anders gesagt: Noch tun die Unternehmen aus Sicht der Verbände zu wenig, um nichteinschlägige Absolvent/inn/en anzusprechen und in ihre Betriebe zu integrieren. Die Arbeitgeberverbände werben darum bei ihren Mitgliedern dafür und setzen entsprechende Programme auf.

Diese Initiativen der Verbände sind richtig, denn die Kosten für Personalentwicklung sollten nicht auf die Hochschulen und die Steuerzahler/innen abgewälzt werden. Zudem müssten solche Initiativen sowieso am Bedarf der unterschiedlichen Unternehmen ausgerichtet sein. Erst dann können die Unternehmen das gesamte akademische Potenzial erschließen. Und im demografischen Wandel liegen dann neue berufliche Chancen für alle Studierenden.

Stefanie Groll ist Promovendin an der Graduate School of Politics an der Universität Münster.



GRAFIK: ANNA BERGE

## Small-Talk-Wissen für Studierende

1. Im Jahr 1996 nahmen 28,1 % eines Jahrgangs ein Hochschulstudium auf, 2012 waren es fast doppelt so viele, nämlich 54,7 %.

2. An der Universität Kopenhagen gibt es den Masterstudiengang *Master of Disaster Management*. Worum geht es? Akademische Weiterbildung von Katastrophenhelferinnen und -helfern.

3. Warum promovieren? „Raise your level of self-esteem with a prestigious honorary degree“, ist die Antwort der *Miami Life Development Church*, bei der man für schlappe 60,- Euro einen Ehrendoktor erwerben kann. Zur Wahl stehen anerkannte Fachgebiete wie

*Feng Shui, Angel Therapy, Ufology, Aromatherapy und Transpersonal Communications*. Unser Favorit: der *Doctor h.c. of Immortality*. Ewig währt am längsten.

4. Der berühmte Zettelkasten des Bielefelder Soziologen Niklas Luhmann umfasst etwa 65.000 eng beschriebene



Zettel in einem unscheinbaren Karteischrank. Um Platz zu sparen, verwendete Luhmann zudem extra dünnes Papier.

5. Der *Tractatus Logico-Philosophicus* ist das einzige wissenschaftliche Buch, das Ludwig Wittgenstein je veröffentlicht hat. Der Philosoph flüchtete vor seinem Abschluss von der Uni, weil er ernsthaft fürchtete, dort verrückt zu werden.

6. Der US-Bundesstaat Kalifornien gibt inzwischen mehr Geld für seine



Gefängnisse aus als für seine Hochschulen, so eine Studie der Non-Profit-Organisation *California Common Sense* (CACS): In den letzten 30 Jahren sind die Ausgaben für Hochschulen um 13 % gesunken, während sich die Aufwendungen für Haftanstalten vervielfacht haben.

7. Die durch den Träger der Hochschulen finanzierten laufenden Ausgaben für Forschung und Lehre belieben sich

in Deutschland im Jahr 2009 auf 7.210 Euro je Studierenden. Träger sind in den meisten Fällen die Länder. Für angehende Mediziner/innen müssen 26.650 pro Kopf aufgebracht werden, in den Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften nur 4.450 Euro.

8. Die längste Doktorarbeit umfasst laut Guiness-Buch der Rekorde knapp 2200 Seiten. Es ist die Dissertation des Historikers Joachim Schuhmacher über die Entwicklung des Segelsports. Angenom-



# Das Versprechen der Exzellenz

Zur Rechtfertigung elitärer Wissenschaft

von Dr. Tobias Peter

«Exzellente Aussichten» wurden am 15. Juni 2012, dem Tag der Entscheidung über die ‚Elite-Uni‘ TU Dresden, prophezeit. Mit der Aufnahme der TU Dresden in die dritte Förderlinie der Exzellenzinitiative, dem Zukunftskonzept zum Ausbau der universitären Spitzenforschung wurden nicht nur an der Universität selbst, sondern auch in Politik und Medien zum Teil euphorische Reaktionen und Erwartungen ausgelöst. «Sollte sich Dresden durch den Status Elite-Uni als Wissenschaftsstandort etablieren, wird das Bevölkerungswachstum wohl noch einmal beschleunigt», so die Sächsische Zeitung. Höhere Attraktivität für Fachkräfte, höheres Wirtschaftswachstum, Bevölkerungszug: «Das ist eine Kettenreaktion, die Dresden noch einmal einen gewaltigen Schub geben wird», verspricht die sächsische Wissenschaftsministerin Sabine von Schorlemer. «Das Interesse an der Universität, an den Forschungsinstituten der Stadt und den Unternehmen wird sich international erheblich vergrößern. Die Wirtschaft dieser Stadt wird dadurch expandieren.» Selten hat die Aussicht auf die finanzielle Förderung einer Universität eine solche diskursive Wucht ausgelöst. Angesichts eines Fördervolumens, das kaum einem Zehntel des Jahresetats von US-Eliteuniversitäten entspricht, sind Ausmaß und Zielrichtung der großen öffentlichen Aufmerksamkeit und der vielfältigen Zuschreibungen, die mit der Exzellenzentscheidung für die TU Dresden verbunden sind, erklärbungsbedürftig. Mit dem dabei zutage tretenden Versprechen der Exzellenz, lassen sich die politischen und gesellschaftlichen Grammatiken einer wissenschaftspolitischen Rechtfertigungsordnung (Boltanski/Thevenot) herauspräparieren, mit denen sich elitäre Wissenschaft legitimiert.

Die Rechtfertigung elitärer Wissenschaft, die nicht nur in den Medien ebenso wie in wissenschaftspolitischen Stellungnahmen der sächsischen Staatsregierung zu Tage tritt, beruht im Kern auf einem Glauben an die Kraft der Hierarchie. Dieser Glauben verbindet die ökonomisch inspirierte diskursive Ungleichheitskonstruktion der ‚Minderleister‘ und ‚High-Performer‘ mit der zwangsläufigen Forderung von Wettbewerb und Spitzenförderung. denn: nur «Exzellenz zieht Exzellenz an» (Sächsische Zeitung v. 18.06.2012). Die Rhetorik der Spitzenforscher und «High Potentials» etabliert eine Rangordnung, die davon ausgeht, dass wissenschaftlicher Fortschritt weniger durch die Kooperation der Vielen entsteht, sondern durch wenige Leistungsspitzen, die aus einer harten Konkurrenz hervorgehen. Damit liefert das Versprechen der Exzellenz eine so autoritätsgläubige wie heroische Erzählung des Wissenschaftsbetriebs, die den komplexen Entstehungsprozess wissenschaftlicher Wahrheiten auf den Kampf um Reputation reduziert.

Das Versprechen der Exzellenz, das sich die Politik zu Eigen macht, entfaltet aus der Entscheidung für eine Elite-Universität eine Sogwirkung für Stadt und Region. Laut Ministerpräsident Stanislaw Tillich habe eine erfolgreiche Exzellenz-Initiative zur Folge, «dass damit mehr Drittmittel als bisher eingeworben werden können. Damit strahlt die TU auch auf andere Hochschulen in Sachsen ab. Die werden ebenfalls profitieren. Zudem werden mehr Studenten in den Freistaat kommen.» Von der Förderung der Starken profitieren letztlich auch die Schwachen - diese anti-egalitäre Gerechtigkeitsargumentation will Ungleichheiten nutzen und fördern, um insgesamt zu mehr Qualität und Wohl-

stand zu kommen und begründet so eine ungleiche Mittelverteilung. Dieses Rechtfertigungsmuster baut direkt auf der Annahme von Wettbewerbsgerechtigkeit und der prinzipiellen Gleichheit der Marktteilnehmer nach dem Motto «Jeder kann es schaffen» auf. Ähnlich wie bei der Legitimation höchster Einkommen wird die Akkumulation von Kapital oder hier Reputation mit Leistungsfähigkeit gleichgesetzt, während deren voraussetzungreiche Bedingungen ausgebendet werden.

Im Zentrum des Versprechens steht jedoch nicht der erhoffte wissenschaftliche Fortschritt selbst, sondern die angenommenen ökonomischen (Domino-)Effekte und der damit verbundene gesellschaftliche Wohlstand: «Die Marke Elite-Uni wird internationale Spitzenforscher und mehr Studenten anlocken. Wenn es danach gelingt, möglichst viele dieser dann gut ausgebildeten Nachwuchskräfte durch interessante Jobangebote in Dresden zu halten, könnten dort Innovationen, neue Produkte und Leistungen, entstehen. Das wiederum würde zum Wachstum der Unternehmen führen. Neue Arbeitsplätze würden geschaffen» so der Sprecher IHK in der Sächsischen Zeitung. «Die Exzellenz-Universität ist eine Sache, die sich als gewinnbringend für Dresden erweisen kann» Die Verheißung, mit der Exzellenz begründet wird, orientiert sich an einem gesamtgesellschaftlichen Wohl einer Marktgemeinschaft, das als ebenso plausibel wie gerecht präsentiert wird.

Am Diskurs um den Exzellenzstatus der TU Dresden lässt sich exemplarisch die Legitimation von elitärer Wissenschaft aufzeigen, auf denen insbesondere konservative und liberale wissenschaftspolitische Positionen beruhen. Dabei

zeigen sich zugleich die unabewiesbaren normativen Lücken, mit der die Rechtfertigung der Exzellenz einhergeht. Die eindimensional marktgesellschaftliche Orientierung schließt andere Bildungsziele und damit verbundene Maßstäbe gesellschaftlichen Wohls systematisch aus. Dabei ist der Kern der Exzellenzargumentation, nach der Spitzenforscher und «High-Potentials» den entscheidenden Beitrag für gesellschaftlichen Fortschritt liefern, ist höchst angreifbar. Diese Exzellenz-Logik ist nur zu durchbrechen, wenn in der gesellschaftlichen Debatte sowohl Nutzen und Funktion der Wissenschaft als auch das Zustan-

dekommen von sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Innovation hinterfragt wird. Erst die Einsicht, dass das komplexe Entstehen wissenschaftlicher Erkenntnisse weniger durch Konkurrenz, sondern vielmehr durch Kooperation geprägt ist, dass Innovationen weniger durch einzelne Genies, als zunehmend durch gut organisierte kollektive Intelligenz möglich werden, wird Alternativen in der Wissenschaftspolitik ermöglichen. Eine solche Perspektive muss freilich mit einer Idee von Gesellschaft einhergehen, die sich jenseits ihrer Reduzierung auf den Markt bewegt.



PHOTO BY SASPOTATO ON FLICKR

Dr. Tobias Peter, Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg und Institut für Soziologie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehört die Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftssoziologie sowie Theorien der Wissensgesellschaft.

## Was kostet die Welt? - Die Ökonomisierung der Gesellschaft

Öffentliche Vorlesungsreihe im Wintersemester in Dresden

von Ngoc Huyen Vu Thi und Prof. Dr. Mark Arenhövel



FOTO: NGOC HUYEN VU THI

FOTO: ZERKING (INDAFOTO.HU)



Viktor Bacska organisiert als studentischer Mitarbeiter gemeinsam mit dem Team von Weiterdenken eine Bildungsreise nach Budapest im Sommer 2013.

Viktor, wie bist Du zu dieser Arbeit gekommen?

Die politische Situation in Ungarn ist seit Jahren sehr angespannt. Das bewegt mich aufgrund meiner ungarischen Abstammung umso mehr. Durch meine Studium und die Städtepartnerschaft der Dresdner Grünen und der LMP im Budapester Stadtrat bin ich mit Weiterdenken in Kontakt gekommen und habe sofort zugesagt.

### Was erwartest Du von der Reise?

Ich hoffe auf viele politisch interessierte Mitreisende, die sich vor Ort ein Bild machen wollen. Im Mittelpunkt der Reise stehen politische und zivilgesellschaftliche Fragen, entsprechend haben wir auch unsere Gesprächspartner\_innen ausgesucht. Für die Teilnehmenden ist es im Übrigen auch eine gute Gelegenheit, sich zu vernetzen und die Kontakte nach der Reise zu nutzen, um mit ungarischen Partner\_innen eigene Projekte zu entwickeln. Deutschland ist für Ungarn nach wie vor eines der wichtigsten Partnerländer. Ich hoffe, dass

diese Tendenz auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene gestärkt werden kann.

### Was steht auf dem Programm?

In den fünf Tagen werden wir uns jeden Tag mit Personen aus Kultur und Kunst, Medien, Hochschulen, Stiftungen, Parteien, Think Tanks, Religionsgemeinschaften an verschiedenen Orten in Budapest treffen, um mit ihnen einzelne Aspekte zu diskutieren. Außerdem machen wir einen Ausflug nach Miskolc, um auch die Verhältnisse in einer mittleren Stadt kennenzulernen.

### Wirst Du selber mitreisen?

Natürlich! Ich bin selber sehr gespannt auf unsere ungarischen Gesprächspartner\_innen. Manche von ihnen kenne ich schon lange und freue mich sehr, sie endlich auch persönlich kennenzulernen.

### Wann geht's los?

Die Bildungsreise «Ungarn in der Nußschale – Eine Demokratie auf Abwegen» startet am Abend des 14. Juli 2013. Am 20. Juli erreichen wir früh am Morgen wieder Dresden. Anmeldefrist ist der 30. April. Weitere Informationen unter [www.weiterdenken.de](http://www.weiterdenken.de)

## SächsHSFG

Die Austrittsmöglichkeit aus der verfassten Student\_innenschaft räumt das sogenannte Sächsische Hochschulfreiheitsgesetz, kurz SächsHSFG, § 24 ein. Absatz 1 dieses Paragraphen zur „Rechtsstellung, Aufgaben und Mitwirkung der Studentenschaft“ lautet: «Die Studentenschaft besteht aus den Studenten der Hochschule. Sie ist eine rechtsfähige Teilkörperschaft der Hochschule und hat das Recht der Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze. Studenten können ihren Austritt aus der verfassten Studentenschaft erstmals nach Ablauf eines Semesters erklären. Ein Wiedereintritt ist möglich. Der Austritt aus der Studentenschaft und der Wiedereintritt sind schriftlich mit der Rückmeldung zu erklären.»

Neben dieser Austrittsmöglichkeit wurden weitere Änderungen eingeführt, u.a. die Erhebung von Studiengebühren bei Überschreitung der Regelstudienzeit von mehr als vier Semestern und der erleichterte Studienbeginn für Menschen ohne Hochschulzugangsberechtigung.

Der Sächsische Landtag hatte am 18. November 2012 die Neufassung des Gesetzes mit der schwarz-gelben Mehrheit beschlossen.

# Jede\_r kämpft für sich allein?

Die Novellierung des Hochschulgesetzes von 2012 sorgt an Sachsens Universitäten für Furore

Neben Langzeitstudiengebühren und der Abschaffung von Freiversuchen regelt das sogenannte Hochschulfreiheitsgesetz nun auch die Austrittsmöglichkeit aus der verfassten Student\_innenschaft.

**A**m 18. November 2012 trat das novelierte sächsische Hochschulgesetz in Kraft – und stieß nicht nur bei studentischen Vertreter\_innen auf massiven Widerstand. Kritisiert wird vor allem, dass jede\_r Student\_in fortan aus der verfassten Student\_innenschaft, also dem gesetzlich geregelten Zusammenschluss aller Student\_innen einer Hochschule, austreten kann.

Im Sächsischen Landtag hatten sich CDU und FDP im vergangenen Herbst bei der Abstimmung über die Reform durchgesetzt. Geert Mackenroth, hochschulpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, verteidigt die Gesetzesnovelle: «Die Neuregelung richtet sich nicht gegen die Gremien der Studentenschaft oder ihre Tätigkeit. Wenn die Studentenräte ihre wichtige Arbeit transparent gegenüber den Studierenden darstellen, wird kaum jemand austreten». Die Opposition hingegen sieht durch das Gesetz die Hochschuldemokratie gefährdet: «Der durchsichtige Versuch,

durch die Aushöhlung der verfassten Studentenschaft die Studierendenvertretungen zu schwächen, ist schädlich für die gesamte Hochschulentwicklung», erläutert Karl-Heinz Gerstenberg, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. «Die Dienstleistungen und Beratungen der Fachschafts- und Studierendenräte sind unverzichtbar für ein qualitätsvolles Studium, brauchen aber auch finanzielle Planungssicherheit». Kritiker\_innen sehen eben diese Sicherheit durch den möglichen Austritt bedroht – die studentischen Vertretungen würden dadurch einen Legitimationsverlust erleiden. «Der mögliche Austritt degradiert die selbstverständliche Organisation aller Studierenden zu einem Verein, bei dem man Mitglied ist oder nicht», erklärt Burkhard Naumann. Der 25-Jährige studiert Mathematik und Physik auf Lehramt an der TU Dresden und ist Bundesvorsprecher der Bildungsgewerkschaft Junge GEW. Er findet, dass zunehmend wirtschaft-

liches anstelle geistigen Wachstums Ziel der Hochschulen sei: «Die wachsende Hochschulautonomie führt zusammen mit der seit 2009 gestärkten Personalautonomie, geschwächten Senaten und gestärkten Rektoraten zum Abbau der Demokratie». Bereits 2009 war das Hochschulgesetz überarbeitet worden – seitdem haben sogenannte Hochschulräte die Funktion als Beratungs- und Kontrollorgan inne.

Auch Bernd Hahn, Sprecher der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften (KSS), ist mit dieser Machtverteilung unzufrieden: «Nahezu alle wichtigen Entscheidungen werden nun durch das Rektorat oder den Hochschulrat getroffen». Damit sich die studentischen Gremien weiterhin behaupten können, fordert Hahn Investitionen in Marketing und Öffentlichkeitsarbeit. Denn vielen Student\_innen seien Tragweite und Vielfalt der Vertretungen nicht bewusst: «Kostenlose Beratungsangebote werden oft erst wahrgenommen, wenn

bereits ein Problem besteht». Sichtbar werde dies schon bei den Diskussionen um das sachsenweite Semesterticket. Ob es das Ticket in seiner jetzigen Form im Wintersemester 2013/14 in Dresden oder Chemnitz weiterhin geben wird, ist unklar. Denn diejenigen, die auf das Ticket nicht angewiesen sind, könnten aus der verfassten Student\_innenschaft austreten und den Beitrag für das Ticket sparen. Dieser Beitrag muss aber von einer ausreichenden Menge gezahlt werden, damit das Semesterticket finanziert werden kann und erschwinglich bleibt.

*Christine Reißing studiert im sechsten Fachsemester Deutsch und Geschichte auf Lehramt an der TU Dresden. Seit April 2012 ist sie stellvertretende Chefredakteurin der im Semester wöchentlich erscheinenden Hochschulzeitung «ad rem» ([www.ad-rem.de](http://www.ad-rem.de)).*

## Auf verlorenem Posten?

Zum Zustand der (kritischen) Politikwissenschaft in Leipzig und andernorts

Ein Kommentar von Stefan Kausch

Die Krise der Politikwissenschaft (Powi) in Leipzig ist zugleich eine Krise der kritischen Geistes- und Sozialwissenschaften im Allgemeinen. Zugespitzt gefragt: Wozu brauchen wir Powi? Um besser regieren zu können? Um Menschen besser zu disziplinieren? Um ihnen Handlungsweisungen zu geben, bessere «Unternehmende ihrer selbst» zu sein? Oder, nicht weniger normativ gesprochen, um zu fragen: Wie funktionieren die Macht- und Herrschaftsmechanismen im Kleinen wie im Großen? Wo und wie werden wir regiert und auf wessen Kosten? Wo liegen Alternativen zwischen Freiheit und Emanzipation? Was heißt Demokratie im 21. Jahrhundert? Was sind die politischen Rationalitäten und großen Erzählungen unserer Zeit und welche Geschichte tragen sie in sich? Woher kommen Diskriminierungen, Ideologien der Ungleichwertigkeit,

keit, Neonazismus? Wie entsteht soziale Ungleichheit? Kurzum: Powi kann und sollte meiner Meinung nach Analyse und Kritikwissenschaft im besten Sinne sein: Weniger Staatswissenschaft, mehr kapitalismus- und staatskritische Wissenschaft «gegen den Strich». Die Powi in Leipzig war vor Jahren zu großen Teilen von diesem Geist besetzt. Ich selbst studierte dort viele Jahre. Unterschiedlichste Perspektiven auf internationale Beziehungen und Theorien, Parteien- und Politikgeschichte und Politische Theorie umfasste das Studium damals, und war darüber hinaus auch von Initiativen, Lesekreisen und Kolloquien geprägt. Ein großer Raum für Kritik und offene intellektuelle Vergemeinschaftung. Nicht zuletzt aus dieser Kultur entstand der Engagierte Wissenschaft e.V. Seine Forderung «Raus aus dem Elfenbeinturm!» und sein Angebot «An invitation

to develop and engage in a form of social Science informed by active participation in political Action producing, using, and living different forms of critical Theory» könnten Impulse für die Kämpfe um kritische(re) Sozialwissenschaften im Allgemeinen sowie die Powi in Leipzig im Besonderen geben. Doch die Leipziger Powi ist heute ein Schatten ihrer selbst, intern zerstritten zwischen theoriepolitischen Positionierungen und persönlichen Befindlichkeiten und von anderen Institutionen bekämpft und ignoriert. Seit Jahren befindet sie sich gefühlt kurz vor der Auflösung. Was tun? An anderen Instituten studieren, um andere Institute und ihre Ausrichtungen weiter kämpfen (z. B. Kassel und Wien) oder über die Disziplinen hinaus gedacht Soziologie in Jena oder Humangeographie in Frankfurt/Main studieren? Analyse- und kritikdurstige Menschen

finden dort weiterhin Räume der Kritik – aber auch diese müssen stetig neu verteidigt und ausgebaut werden. Viele Forschungen in Leipzig, die als Kontrastfolie dienen könnten, besitzen leider das Kritik-geschweige denn Utopiepotential eines ausgetretenen Badvorlegers. Und die Personen, die noch kritisch sind, bekommen keine Gelder oder sind zerstritten – kurzum: Die Powi scheitert in doppelter Hinsicht auf verlorenem Posten.

*Stefan Kausch, Dipl.-Pol. und MA Kulturen des Kuratorischen. Promoviert zu «Modernen Staatlichkeit». Arbeitet halbtags als wiss. Mitarbeiter bei einem MdL. Betätigt sich ansonsten in drei Arbeitsschwerpunkten: Politische Bildungsarbeit, Engagierte Wissenschaft (im gleichnamigen Verein) und Kritisches Kuratiert. Diese drei Schwerpunkte sind Schnittpunkt und Plattformen zur Diskussion gesellschaftlicher Konflikte und der Aushandlung alternativer Denk- und Handlungsweisen.*

## Politikwissenschaft in Leipzig

Die Struktur des Instituts basiert aktuell noch auf fünf Professuren: Politische Theorie und Ideengeschichte, Internationale Beziehungen, Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland – Politik in Europa, Internationale Politik, sowie Ethik, Politik, Rhetorik. Davon sind drei Professuren das Fakto nicht bzw. durch Vertretungen nur übergangsweise besetzt. Zur Zeit der Institutsgründung 1993 waren noch sechs Professuren vorhanden, eine wurde bereits im Rahmen der allgemeinen Kürzungen der Sächsischen Staatsregierung gestrichen. Die Professur Ethik, Politik und Rhetorik soll ebenfalls wieder gestrichen werden. Der Mittelbau war und ist extrem schwach besetzt. Ein schwacher Trost sind unbefristete Verträge für einige wenige Mitarbeiter\_innen. Fazit: Ohne die die Funktion der Lehramtsausbildung für zukünftige Gemeinschaftskundelehrer\_innen, die eine politikwissenschaftliche Qualifikation benötigen, wäre das Institut vielleicht schon abgewickelt worden. Gerüchte dazu gab es immer wieder. (StK)

Literaturhinweis: Dieter Koop, Politikwissenschaft, in: Geschichte der Universität Leipzig 1409-2009. Band 4 / 1. Halbband, Leipziger Universitätsverlag 2009: S. 826-45.



## Köpfe? Köpfe!

Sudierende arbeiten hochschulübergreifend zusammen

Im Projekt «Politische Köpfe» arbeiten Studierende und Mitarbeitende der HFBK Dresden (Abteilung Theaterplastik) und der TU Dresden (Institut für Politikwissenschaft) gemeinsam an der Konzeption und Gestaltung von möglichst anschaulichen Porträts politischer Denker. Die Studierenden und Mitarbeitenden des Instituts für Politikwissenschaft entwickeln zunächst möglichst plastische Erzählungen über verschiedene politische Denkerinnen und Denker und versuchen einen angemessenen und trotz allem kompakten Überblick über deren Denken und Schaffen zu vermitteln. Auf dieser Grundlage und mit dieser Hilfe sind die Studierenden der HFBK gehalten, diese Informationen in plastischen Büsten konkret werden zu lassen.

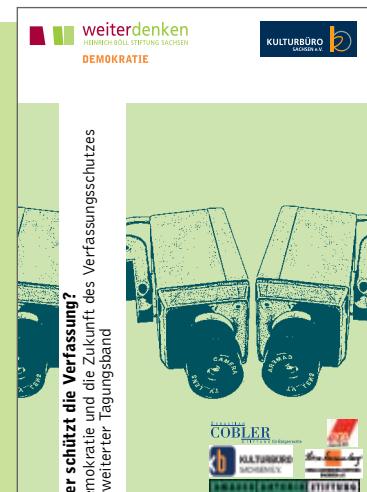
Im Winter 2011/12 wurden auf dieser Grundlage Thomas Hobbes, Hannah Arendt, Richard Rorty, John Dewey, John Rawls, Jürgen Habermas und Immanuel Kant porträtiert. Am 19. April 2012 wurden die Köpfe im Politikwissenschaftlichen Institut der TU Dresden erstmals öffentlich präsentiert und sind immer wieder Anlass zu angeregten politischen Diskussionen auf Fluren und in Veranstaltungen.

2012/13 wurde diese Zusammenarbeit der beiden Hochschulen und Weiterdenken fortgesetzt. Diesmal sind Nicoló Machiavelli, Martha Nussbaum, Elinor Ostrom, Michel Foucault, Theodor W. Adorno und Aristoteles «in Arbeit» und werden ab Mai 2013 im Politikwissenschaftlichen Institut zu sehen sein.



FOTOS: STEFAN SCHÖNFELDER

Seit 2010 diskutiert Weiterdenken gemeinsam mit Kooperationspartnern auf jährlichen Tagungen grundsätzliche Fragen zur demokratischen Kultur insbesondere in Sachsen. Die Tagungen vereinen jeweils Expert\_innen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Vereinen und Initiativen. Die Tagungen werden dokumentiert und die Bände sind auf der Homepage von weiterdenken abrufbar.



### 2013: Wer schützt die Verfassung? Demokratie und die Zukunft des Verfassungsschutzes

Ausgehend von einer Beschäftigung mit Aufgaben, Strukturen, Erfolgen und offensichtlichen Misserfolgen des Verfassungsschutzes aus bundesdeutscher und sächsischer Perspektive wurden auch die Bildungsarbeit und die parlamentarische Kontrolle der Verfassungsschützämter beleuchtet und die ersten Zwischenergebnisse der parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschüsse diskutiert. Dabei werden Demokratieverständnis und Extremismus-Ansatz ins Verhältnis zur Rolle des Verfassungsschutzes gesetzt.



2012: «Sachsens Demokratie? Demokratische Kultur und Erinnerung, Medienlandschaft und Überwachungspolitik in Sachsen

Mit «Sächsischer Demokratie» wurden vor allem die repressiven Maßnahmen der sächsischen Sicherheitsbehörden im Zuge der Demonstrationen gegen Naziaufmärsche in Dresden, ihre Ermittlungsarbeit, aber auch die Reaktionen von Politiker\_innen der sächsischen Regierungsfraktion bezeichnet. Wir haben uns gefragt, ob es eine spezielle sächsische Demokratie gibt und worin sie besteht.



## Publikation



**Leitbild Schweiz oder Kasachstan?**  
Perspektiven für Sachsen's Landwirtschafts  
Denkschrift von Michael Beleites.  
100 Seiten, 8 Euro  
Bezug über  
AbL Bauernblatt Verlags GmbH  
[www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de)

## Auch grüne Wege führen nach Rom

von Anna Hupel

Vor fünf Jahren hat mein studentisches Leben an der TU Chemnitz mit dem Bachelor in «Europa-Studien» begonnen. Wenn mir damals jemand gesagt hätte, dass ich irgendwann ein kleiner Teil des Parlamentswahlkampfes in Italien sein würde, dann hätte ich wohl sehr ungläubig reagiert, vielleicht so ungläubig wie eine ältere Dame neulich im italienischen Fernsehen: Auf die Frage hin, was sie vom Rücktritt des Papstes halte, erwiderte sie: «Entschuldigung, aber das glaube ich nicht!» Doch es führen viele Wege nach Rom, und so auch meiner: Mein Studium in Chemnitz hat durch seine Ausrichtung auf Mittel- und Osteuropa und das obligatorische Tschechisch-Lernen mein Reisefeier für diese Regionen geweckt. Neben dem Studium habe ich ehrenamtlich in der (Europa-)politischen Jugendbildung gearbeitet. Diese Erfahrungen konnte ich nach Abschluss des Studiums während meines FSJs Politik bei Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen einbringen.

gen und auf den Bereich der politischen Erwachsenenbildung sowie auf Projekte im sächsisch-tschechischen Grenzraum erweitern. Meine grüne Odyssee führte mich anschließend nach Sachsen-Anhalt. Vor eineinhalb Jahren habe ich den deutsch-italienischen Doppelmasterstudiengang «Europäische Integration und regionale Entwicklung» an der MLU Halle-Wittenberg begonnen. Um politisches Geschehen aus erster Hand zu erleben, habe ich mich auch für ein Praktikum in der Landesgeschäftsstelle der Grünen in Sachsen-Anhalt entschieden. Seit September 2012 lebe ich jetzt in Italien und absolviere mein zweites Masterjahr an der Katholischen Universität Mailand. Ich habe einen Ausflug in die politische Praxis bei den Südtiroler Grünen gewagt und landete unerwarteter Weise mitten im Parlamentswahlkampf. Resultat? Ein Abgeordneter für Rom und eine Anna soddisfatta, die ihren Weg nun von Mailand aus fortsetzen wird.



Foto: ANNA HUPEL

Galleria Vittorio Emanuele II, Mailand:  
Man trete dem Stier unter der zentralen  
Glaskuppel der Galleria 'wohin' (eine  
Kuh ist mittlerweile vorgeformt) und  
drehe sich wild im Kreis, es folgen wahl-  
weise Potenz oder Glück.

## FSJ bei Weiterdenken

Weiterdenken ist seit 2009 Einsatzstelle für das Freiwillige Soziale Jahr (Politik). Jeweils für 12 Monate von September bis August bietet es Einblicke in die politische Bildung von der Idee über die Planung und Organisation bis zur Dokumentation und Abrechnung. In der grünnahen Stiftung bekommt man dabei Kontakt mit den verschiedenen politischen Themen, Vereinen, Initiativen und PolitikerInnen und kann die ideellen Ziele genauso wie das Handwerkszeug unserer Arbeit kennenlernen. Im Freiwilligen Jahr kann und soll auch ein eigenes Projekt entwickelt und betreut werden. Dies kann der politischen wie auch der beruflichen Orientierung dienen.

Weitere Informationen zu den Bedingungen und Bewerbungsformalista gibt es hier: [www.saechsische-jugendstiftung.de/fsj\\_politik.asp](http://www.saechsische-jugendstiftung.de/fsj_politik.asp).

Besonders freuen wir uns über Interessierte mit einem eigenen thematischen Schwerpunkt sowie Menschen mit einem ersten Studienabschluss.



Foto: GRÜNE HOCHSCHULGRUPPE LEIPZIG

## Veggieday an der Uni Leipzig

von Silvia Kunz für die Grüne Hochschulgruppe Leipzig

Fleisch-Essen ist umweltschädlich, unsozial und ungesund. Aber was geht das eigentlich die Politik an? Dieser Frage sind wir – die Grüne Hochschulgruppe Leipzig – nachgegangen und haben eine Veranstaltung unter dem Motto „Veggieday – Notwendiger Sinneswandel oder Ökodiktatur?“ organisiert. Eine Berufspolitikerin (Renate Künast), ein Nachhaltigkeitsforscher (Felix Ekardt), ein Landwirt (Bernhard Probst) und eine Vertreterin des Studierendenwerkes (Angela Hözel) diskutierten über politische Handlungsspielräume beim Thema Ernährung, zusammen mit über einhundert Gästen. Eine Möglichkeit, den Fleischkonsum zu reduzieren,

ist der „Vegetarische Donnerstag“, der in einigen Städten wöchentlich stattfindet. Auch in der Leipziger Unimensa gibt es zweimal im Semester nur Vegetarisches. Aber ist der Veggieday mit einem freiheitlichen Grundgedanken vereinbar? Warum ist Fleisch eigentlich so billig? Und warum achten wir nur wenig auf gutes Essen in öffentlichen Kantinen? Diese und weitere Fragen wurden kontrovers diskutiert. Am Ende waren sich zumindest bei diesen Forderungen alle einig: Mindestlohn, Mindeststandards bei der Tierhaltung und mehr Geld für öffentliche Menschen und Kantinen sind Schritte hin zu einem bewussteren Fleischkonsum.

## Effizient, kostenwahr und sozial gerecht

Dresdner Graduiertenkolleg forscht für eine andere Mobilität

von Julia Gerlach

Im Graduiertenkolleg «DIKE - Kostenwahrheit im Verkehr» arbeiten junge Wissenschaftler\_innen der TU Dresden interdisziplinär zusammen. Die Heinrich Böll Stiftung unterstützt drei Mitglieder mit Promotionsstipendien. Eines davon erhält Julia Gerlach, die hier Ziele und Arbeit des Kollegs näher vorstellt.

«Autofahren ist teuer - nicht nur für die Fahrer selbst» - so formulierte es kürzlich die Onlineausgabe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Dass dies nicht so bleibt, ist ein Ziel unseres Graduiertenkollegs DIKE. Dabei kämpfen wir nicht für eine stärkere Subventionierung des Autoverkehrs, sondern wollen mit unseren Arbeiten einen Beitrag für eine effiziente, sozial gerechte und kostenwahre Mobilität leisten. Am Ende kann dies sogar billiger sein - nicht nur für die Fahrer\_innen, sondern für die ganze Gesellschaft.

Zusammen mit Thilo Becker erforsche ich vor allem die gesellschaftlichen, also die nicht durch die Verkehrsteilnehmer\_innen getragenen Folgekosten des

Verkehrs. Diese so genannten externen Kosten umfassen beispielsweise medizinische Ausgaben für lärm- oder luftverschmutzungsbedingte Erkrankungen oder die Kosten des Klimawandels. Anhand einer Berliner Fallstudie konnten wir zeigen, dass diese externen Kosten innerhalb der Gesellschaft ungleich verteilt sind. Ärmere Bevölkerungsschichten sind stärker von Verkehrslärm betroffen als reichere. Maßnahmen zur Verringerung der externen Kosten können damit auch einen Beitrag zur Sozialpolitik leisten.

Eine stärkere «Bepreisung» des Verkehrs, z. B. durch eine Pkw-Maut, wird in der Öffentlichkeit heiß diskutiert. Ziel solcher Preismaßnahmen ist unter anderem, dass die verursachten externen Kosten den Verkehrsteilnehmer\_innen angelastet werden. Diese würden dadurch den «wahren» Preis ihres Verkehrsverhaltens kennen und bei ihren Mobilitätsentscheidungen berücksichtigen.

Meine Kolleginnen Angela Francke, Denise Kaniok und Christiane Kramer beschäftigen sich mit genau solchen Preismaßnahmen. Angela Francke erforscht

u.a. wie ein städtisches Maut-System aussehen muss, damit möglichst viele Nutzer\_innengruppen seine Funktionsweise verstehen. Christiane Kramer untersucht hingegen, welche Faktoren die Akzeptanz von Preismaßnahmen bestimmen. Und Denise Kaniok ermittelt in Experimenten, ob Versuchsteilnehmer\_innen identische Maut-Systeme unterschiedlich bewerten, wenn diese mit unterschiedlicher Wortwahl präsentiert werden.

Unsere Ergebnisse werden wir bei der großen Abschlussveranstaltung des Kollegs in Berlin vorstellen - Interessierte können sich bereits den 14.11.2013 vormerken. Details werden im Vorfeld auf der Internetseite des Kollegs [www.tu-dresden.de/vkw/dike](http://www.tu-dresden.de/vkw/dike) veröffentlicht.

Julia Gerlach studierte Wirtschaftsinformatik und promoviert nun im Graduiertenkolleg DIKE. Für das Stipendium der Heinrich-Böll-Stiftung bewarb sie sich, um frei von Projektzwängen zum Thema ihrer Wahl forschen zu können.

## Essverhalten nach Bundesländern

Fleisch- und Wurstverzehr in Gramm/Tag

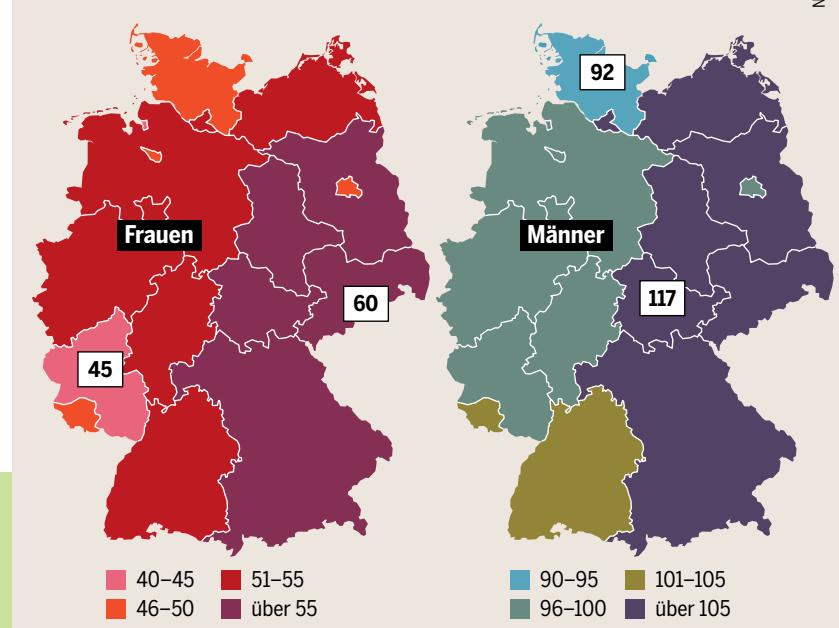
GRAFIK: FLEISCHATLAS/ HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG MIT BUND UND LE MONDE DIPLOMATIQUE  
BERLIN, JANUAR 2013

PHOTO BY AMIR TAJ

## Impressum Innenteil

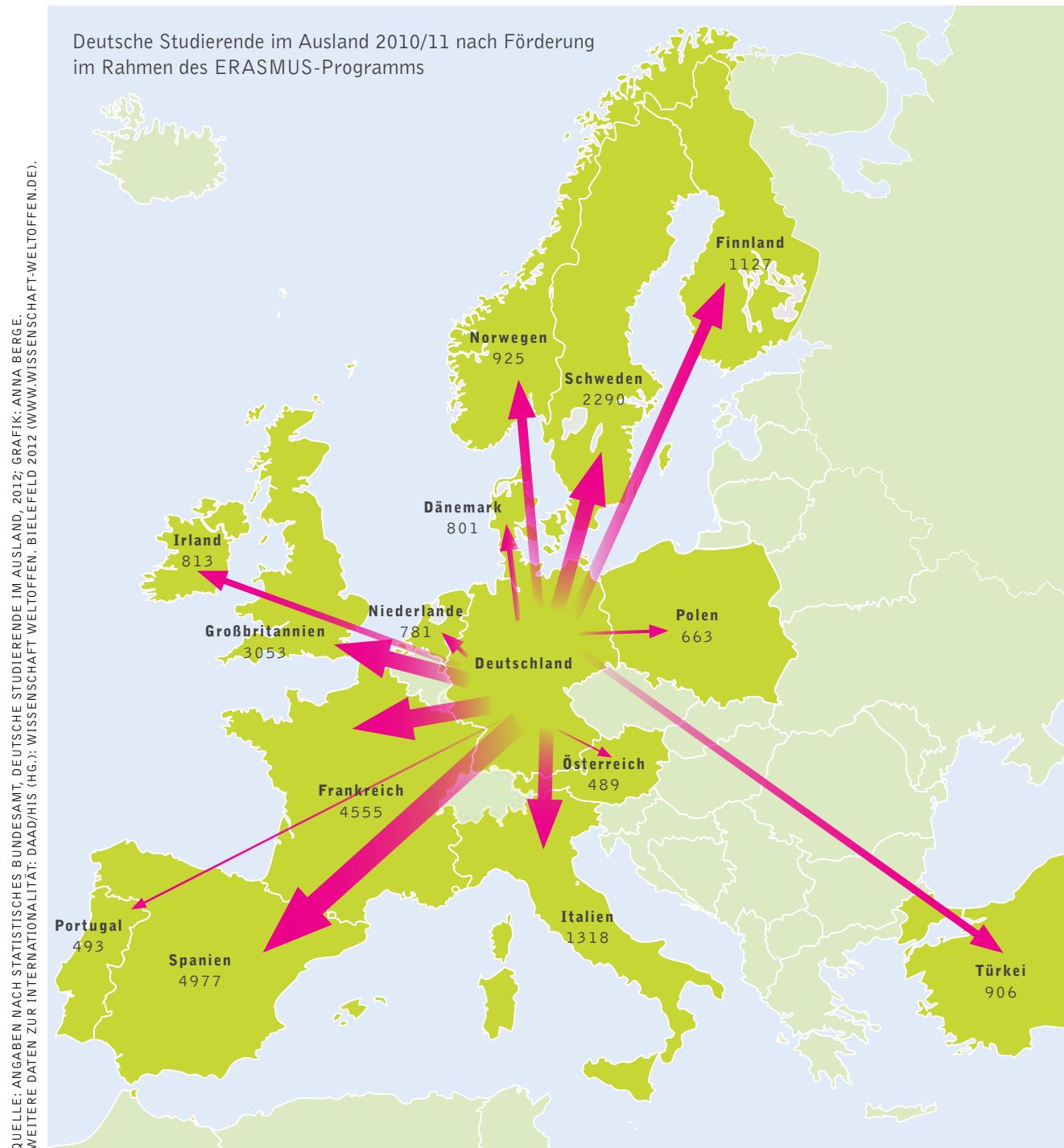
Hrsg.: Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen | Redaktion: Kathrin Bastet, Julia Boes, Stefan Schönfelder

Layout: pedestrian productions | V.i.S.d.P.: Stefan Schönfelder

Weiterdenken, Schützengasse 18, 01067 Dresden | Telefon 0351 49 43 311 | eMail [info@weiterdenken.de](mailto:info@weiterdenken.de)

Dokumentationen, Informationen, Ankündigungen

[www.weiterdenken.de](http://www.weiterdenken.de)facebook: [www.facebook.com/weiterdenken](https://www.facebook.com/weiterdenken) | youtube: [www.youtube.com/boelsachsen](https://www.youtube.com/boelsachsen)



## „Wie wir leben wollen“

Für eine gute und nachhaltige Zukunft brauchen wir verantwortungsvolle Forschung, die uns die Herausforderungen der ‚Großen Transformation‘ meistern lässt. Tamara Or erzählt, worum es bei ‚Transformationsforschung‘ geht und wie das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung Studierende und junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fördert

Worum geht es bei der ‚Großen Transformation‘?

Wenn alle Menschen auf dem Globus so leben würden wie wir in Europa oder in Nordamerika, wären die natürlichen Ressourcen der Erde schon bald verbraucht. Um diesem ernüchternden Szenario rechtzeitig und wirksam zu begegnen, sind vielfältige und grundlegende Veränderungen notwendig, die unter dem Begriff ‚Große Transformation‘ gefasst werden: Es geht um den ökologischen Umbau der Industriegesellschaften. Es geht um die Neugestaltung von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft im Sinne sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Es geht darum, wie wir leben wollen.

Die Worte ‚Wissenschaft‘ und ‚Forschung‘ sind bislang nicht gefallen ...

... Ihnen kommt aber bei der Bewältigung und Gestaltung der ‚Großen Transformation‘ eine herausragende Bedeutung zu. Das hat zuletzt der Wissenschaftliche Beirat für Globale Umweltveränderungen (WBGU), den die Bundesregierung 1992 als unabhängiges Beratungsgremium eingesetzt hat, deutlich gemacht, indem er die Transformation zu einer nachhaltigen klimaverträglichen Gesellschaft als offenen Suchprozess beschrieben hat. Zwar ließen sich Nachhaltigkeitsziele definieren, aber es sei nicht möglich, einen angestrebten Endzustand von Wirtschaft und Gesellschaft zu beschreiben oder vorzugeben. Aus diesem Grund sind Forschung und Bildung für den Erfolg dieses Suchprozesses zentral.

„Transformation“ ist ein schillernder Begriff. Wie kann man als Studienwerk diesen Themenbereich fördern?

Wir haben einen Förderschwerpunkt ‚Transformationsforschung‘ eingerichtet, der verschiedene Ebenen kombiniert: In erster Linie geht es um die Förderung von Promotionsvorhaben, die einen wichtigen, oftmals interdisziplinären Forschungsbeitrag zum Thema ‚Transformation‘ leisten. Der Förderschwerpunkt ist als Themen-Cluster organisiert, um den Promotionsstipendiatinnen und -stipendiaten auch die Möglichkeit zu eröffnen, bestehende fachwissenschaftliche Ansätze zusammenzuführen oder unter transformationsrelevanten Fragestellungen neu zu kombinieren.

Welche Unterstützung bietet das Studienwerk für Studierende an?

Mit unserem Studienprogramm ‚Transformation gestalten‘, das im Juni 2013

starten wird, richten wir uns an die Stipendiatinnen und Stipendiaten aller Begabtenförderungswerke. Wir haben das Programm aufgelegt, weil wir mit dem WBGU die Überzeugung teilen, dass ein erfolgreicher Transformationsprozess entscheidend von einer starken Partizipation der Gesellschaft abhängt – schließlich geht es um nichts Geringeres als den ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaften. Wir sehen die Studierenden der Begabtenförderungswerke als junge Nachwuchskräfte, die den Transformationsprozess in Zukunft als Akteure mitgestalten werden. Das Programm zielt daher darauf ab, die Fähigkeit der Studierenden zu fördern, unterschiedliche fachliche Perspektiven und Kompetenzen sowie divergierende politische Überzeugungen und Wertorientierungen konstruktiv und lösungsorientiert zueinander in Beziehung zu setzen.

Wie sieht das Bewerbungsverfahren für eine Promotionsförderung konkret aus?

Zweimal im Jahr, jeweils zum 1. März und zum 1. September, können sich Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler bei uns um eine Förderung bewerben. Wir bieten neben der finanziellen Unterstützung ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm zu politischen Themen, zur Förderung der überfachlichen Diskussion, zur Persönlichkeitsentwicklung und zum Erwerb von Schlüsselqualifikationen oder zur Vorbereitung auf den Beruf an. Auf unserer Website findet man dazu ausführliche Informationen sowie Hinweise auf interessante Veranstaltungen der Stiftung, die allen Interessierten offenstehen.

Tamara Or ist Referentin für Promotionsförderung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Die Fragen stellte Philipp Antony. [www.boell.de/studienwerk](http://www.boell.de/studienwerk).

**HEINRICH BÖLL STIFTUNG**  
**Publikation**



### Bericht aus der Zukunft

Wie der grüne Wandel funktioniert

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

oekom Verlag, 320 S.

zahlreiche Abbildungen, Preis: 24,95 Euro

Erscheint 6. Juni 2013 (auch als E-Book).

Bestellung: [www.boell.de/publikationen](http://www.boell.de/publikationen)

## Brüssel scheut das Bauernopfer

Aufsehen und Protest erzeugte im letzten Jahr die Nachricht, dass das beliebte Austauschprogramm „Erasmus“ finanziell auf der Kippe stand. Die Finanzierung ist inzwischen vorerst gesichert, aber wie konnte es dazu kommen? Von Beate Jochimsen

Die europäische Finanz- und Schuldenkrise hat dazu geführt, dass die Haushalte vieler EU-Mitglieder unter Druck gerieten. Regierungen mussten umfangreiche Konjunkturprogramme finanzieren, und die EU hat nationale Verschuldungsgrenzen beschlossen. Beides schränkt die fiskalische Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten ein. Als Folge sind Bereitschaft und Fähigkeit zur Finanzierung des EU-Haushalts gesunken. Sichtbar wurde dies jüngst bei den Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für den EU-Haushalt von 2014 bis 2020. Die Mitgliedstaaten pochten darauf, dass die Ausgaben künftig niedriger als bisher ausfallen. Es musste gespart werden. Auf den ersten Blick bieten sich die großen Ausgabenblöcke an. In der EU sind das Agrar- und Strukturausgaben mit jeweils knapp 400 Mrd. Euro im MFR. Das entspricht knapp 80 Prozent der Gesamtausgaben. Warum wird nicht bei den Agrarausgaben gespart? Länder, die sehr von den

Agrarsubventionen der EU profitieren, haben den MFR maßgeblich mit ausgearbeitet und dabei den Status quo fixiert. Zudem haben die Bauern eine mächtige Lobby. Demonstrationen in Brüssel mit Hunderten Traktoren beeinflussen Politiker und Öffentlichkeit gleichermaßen. Und warum wird nicht bei den Strukturausgaben gespart? Die Nettozahler der EU, also Staaten wie Deutschland, die mehr in den EU-Haushalt einzahlen als sie aus ihm erhalten, profitieren teilweise erheblich von den Strukturmitteln. Deutschland etwa will hier nicht kürzen, da vor allem die neuen Bundesländer in den Genuss der EU-Mittel kommen. Es bleiben also nur die kleineren Ausgabenblöcke. Hier kommt der Europäische Hochschulraum ins Spiel, der maßgeblich durch den 80 Mrd. Euro schweren Block „Forschung und Innovation“ finanziert wird. Im Prinzip sind sich zwar alle einig, dass Wissenschaft wichtig und förderungswürdig ist. Doch

der Hochschulbereich hat (noch) eine schwache Lobby. Das kann sich ändern, denn es gibt viel mehr Studierende und Wissenschaftler als Bauern in der EU. Allerdings ist der einzelne Bauer in seiner unmittelbaren Existenz bedroht, wenn die Agrarsubventionen sinken. Dagegen hat die Unterfinanzierung des Wissenschaftsbereichs nur schrittweise Auswirkungen. Es wird etwas voller in den Veranstaltungen, es gibt etwas weniger Stellen in den Labors und etwas weniger Austauschprogramme. Gerade in einer globalisierten Welt sind die Folgen mittelfristig jedoch verheerend. Studierende und Lehrende sollten sich bewusst sein, dass es bei der Interessenvertretung in der Wissenschaft auch und ganz besonders auf sie ankommt.

Beate Jochimsen ist Professorin für allgemeine Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Finanzwissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.



men wurde das Werk an der Universität Konstanz.

9. Berlin und Niedersachsen hui, Bayern und Schleswig Holstein pfui: Der Frauenanteil in der Professorenschaft liegt in Berlin bei 28,8 % und in Niedersachsen bei 23,6 %. Bayerische Hochschulen kommen auf nur 15,1 % und die im hohen Norden auf nur 14,6 %.

10. Eine Stop den Prof-Funktion hat die TU Freiberg in die neueste Version ihrer myTU-App integriert. Studierende können während einer Lehrveranstaltung der Dozentin bzw. dem Dozenten mitteilen, ob er/sie langsamer oder schneller vor-

tragen soll und – wenn sie gar nicht mehr mitkommen – zur Not einfach auf „Stop“ drücken.

11. Viva España! Nach Spanien zieht es die meisten ERASMUS-Studierenden. Am beliebtesten sind die Universitäten von Granada, Valencia und Madrid. In Deutschland nehmen die Berliner Universitäten die meisten ERASMUS-Studierenden auf.

12. Das California Memorial Stadium – Austragungsort der Heimspiele der Cal Bears, dem Footballteam der UC

Berkeley – hat eine Kapazität von 73.347 Sitzplätzen. Die Stimmung kocht besonders hoch, wenn die Cal Bears gegen die Erzrivalen aus Stanford antreten. Zum Vergleich: Das größte Fußballstadion in Deutschland in Dortmund fasst knapp 80.000 Menschen, das Olympiastadion in Berlin rund 74.000.

13. Im Alter von 97 Jahren hat der Australier Allan Stewart sein Studium mit einem Master in Klinischen Studien abgeschlossen. Er gilt damit als ältester Uni-Absolvent der Welt.

14. Nach einer Studie im Auftrag der Neuen Zürcher Zeitung verdienen Schweizer Professor/inn/en mit einem durchschnittlichen Bruttogehalt von rund 17.100 Schweizer Franken fast doppelt so viel wie ihre Kolleginnen und Kollegen in Deutschland.

15. Nobelpreis-Gewinner der UC Berkeley haben dort niemals Parkplatz-Probleme. Für sie sind Dauerparkplätze reserviert. Momentan forschen und lehren neun Nobel Laureats an der Universität in



der Bay Area, insgesamt schmücken 51 Nobelpreis-Gewinner die Uni.

16. Massenvorlesungen sind möglich, ohne dass man sich drängeln oder auf den Boden setzen muss: Auf der Internetplattform Coursera bieten aktuell 33 Hochschulen aus aller Welt Online-Vorlesungen an. So referiert der Princeton-Professor Jeremy Aldemann vor 83.000 Studierenden über die „Geschichte der Welt seit 1300“.



## Was haben Hochschulen von Diversity Management?

Das Management von Vielfalt hat seit einigen Jahren Konjunktur in Hochschulen und Hochschulpolitik. Woher kommt das Interesse?

Von Stefanie Groll und Nursemin Sönmez

Immer mehr so genannte nichttraditionelle Studierende strömen an die Hochschulen, vorrangig an Fachhochschulen: „Arbeiterkinder“, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen, die auf anderem Wege als über die Allgemeine Hochschulreife einen Studienplatz erworben haben. Die berufnahe, wissenschaftsbasierte und hochwer-

tige Ausbildung breiter Bevölkerungsschichten ist seit den 1970er Jahren ein bildungspolitisches Leitbild. Der Soziologe und FDP-Politiker Ralf Dahrendorf sprach seinerzeit davon, dass auch „das katholische Arbeitermädchen vom Lande“ die Alma Mater von innen kennenlernen solle. Die soziale Öffnung der Hochschulen war und ist immer beides:

Ein Gebot der Bildungsgerechtigkeit und ein Gebot wirtschaftlicher Rationalität. Mehr Menschen sollen die Chance bekommen, durch höhere Bildung sozial und finanziell aufzusteigen. Gleichzeitig sollen sie als qualifizierte Arbeitskräfte die wirtschaftliche Entwicklung fördern.

### Universitäre Monokulturen aufbrechen

Heute ist es das Damoklesschwert des demografischen Wandels, das die weitere soziale Öffnung der Hochschulen forciert. Die zunehmende Heterogenität der Studierendenschaft ist für Hochschulleitungen und Lehrende eine echte Herausforderung, gerade an den Universitäten: Sie müssen jeden Studierenden da abholen, wo sie oder er steht. „Wir wollen die universitäre Monokultur aufbrechen und im universitären Bildungssystem unterrepräsentierte Gruppen fördern“, sagt Ute Klammer, Prorektorin für Diversity Management an der Universität Duisburg-Essen. Die meisten Maßnahmen, die unter Diversity Management firmieren, zielen auf die so genannten nichttraditionellen Studierenden. Spezielle Lehrangebote wie Brückenkurse zwischen Schule und Studium und ein „Schnupperstudium“ werden für sie angeboten. Diversity Management heißt aber auch, Lehrende didaktisch und pädagogisch für die neuen Studierenden zu sensibilisieren. Gerade Hochschulen in Ballungsgebieten und in von Abwanderung betroffenen Regionen haben ein hohes Eigeninteresse daran, neue Studierende zu gewinnen, und setzen darum auf Inklusion. Andernfalls könnten sie staatliche Kapazitätsanforderungen nicht erfüllen, was letztendlich zur Schließung der Einrichtung führen könnte. Aus Perspektive der Hochschulen ist Diversity Management also auch Studierendenmarketing. Vielfalt unter den

Studierenden herzustellen und sie entsprechend zu fördern wird in einigen Hochschulen zur Notwendigkeit, wie etwa im Ruhrgebiet. So will auch die Westfälische Hochschule mit ihrem Talentförderprogramm „eine bessere Ansprache von leistungsfähigen Talenten erreichen, die eine akademische Bildungsbiografie bislang nicht in Erwägung ziehen“, erklärt Programmleiter Suat Yilmaz. Das seien insbesondere „junge Talente

aus Nichtakademikerfamilien, Zuwandererfamilien und einkommensschwachen Familien“. Von der „Aktivierung dieses Talentpotenzials“ hängt die „Zukunftsfähigkeit des Ruhrgebiets“ ab.

Stefanie Groll promoviert in Politikwissenschaft an der Universität Münster. Nursemin Sönmez ist Referentin im Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung und hat das Programm „Chancengerechtigkeit“ geleitet.

## Quick-Check: Stipendien bei der Heinrich-Böll-Stiftung

Woran erkenne ich, ob die Heinrich-Böll-Stiftung die richtige Förderinstitution für mich sein könnte?

Die Heinrich-Böll-Stiftung steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Unsere zentralen Themen sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Bildungsgerechtigkeit und Wissenschaftspolitik, Demokratieförderung und Menschenrechte, Gender und Interkulturalität/Diversity, Klimawandel und Energiewende, Nachwuchsförderung u. a. Wer sich bewirbt, sollte diesen Werten und Anliegen positiv gegenüberstehen und sich aktiv dafür einsetzen.

Habe ich aussichtsreiche Chancen auf eine Förderung, wenn ich sehr gute Noten in der Schule und beim Studium nachweisen kann, aber mich gesellschaftspolitisch nicht engagiere, oder umgekehrt?

Nein, beide Kriterien – hervorragende Leistung und gesell-

schaftliches Engagement – müssen erfüllt sein und sind notwendige Bedingungen für eine erfolgreiche Bewerbung.

Was ist mit „gesellschaftlichem Engagement“ gemeint?

Beispiele für gesellschaftspolitisches Engagement können sein: Mitarbeit in der Fachschaft, Schulsprecher/in, Leitung internationaler Jugendcamps, Mitarbeit in der Grünen Jugend, Engagement in Verbänden und NGOs, wie z. B. in einem Migrationsverein, beim BUND, bei Terre des Femmes, bei amnesty international u. v. m. Eine Parteimitgliedschaft bei Bündnis 90/Die Grünen ist keine Fördervoraussetzung.

Gibt es eine Altersgrenze für die Bewerbung um ein Studien- oder Promotionsstipendium?

Nein, dafür gibt es keine Altersgrenzen.

[www.boell.de/studienwerk](http://www.boell.de/studienwerk)



## Das Lernen lernen

Wie der eigene Lernprozess steuerbar wird. Von Katharina Kutzias

Sstudieren kann an die Nerven gehen. Nach einer 2012 veröffentlichten Studie der TU Chemnitz kristallisiert sich in den letzten fünf Jahren unter Studierenden eine deutliche Tendenz zur Überlastung heraus, welche psychische Erschöpfung hervorruft. Dem drohenden Burn-Out kann durch die Steuerung des eigenen Lernens vorgebeugt werden: Was sich nach Mehrarbeit anhört und ein bisschen Übung erfordert, wird sich rasch auszahlen.

### Selbstbeobachtungen im Lernprozess

Zunächst sollten Lernende sich durch Selbstbeobachtung mit dem eigenen Lernverhalten auseinandersetzen: Zu welcher Zeit bin ich am aufnahmefähigsten? In welchen räumlichen Umgebungen und wie lange kann ich mich konzentrieren? Für die Beantwortung dieser Fragen sollten Lernende sich

ein wenig Zeit nehmen. Es sollten mindestens fünf zu unterschiedlichen Tageszeiten stattfindende Lernsituationen beobachtet und die Ergebnisse schriftlich festgehalten werden. Ab dann gilt: Möglichst nur in den ermittelten Konzentrationsphasen lernen, und wenn die Konzentration endgültig erschöpft ist, aufhören und Aktivitäten beginnen, die Spaß machen. Bei kleinen Konzentrationsschwächen, also störenden Gedanken, sollte jedoch nicht allzu schnell aufgegeben werden. Lieber das Fenster öffnen, aufstehen und sich den Stoff noch mal bei langsamem Gehen im Zimmer aufzagen.

Der Umgang mit der eigenen Zeit und Aufmerksamkeit spielt beim selbstgesteuerten Lernen eine wichtige Rolle. Daher sollte anschließend ein Lernplan erstellt werden, der die positiven Lernzeiten berücksichtigt, aber auch genügend Raum für Freizeit lässt. Hier gilt: Weniger ist mehr. Zwei bis drei Stunden

täglich ist oft effektiver als vier Stunden oder länger am Stück zu lernen. Lernphasen sollte keine intensive Mediennutzung vorangehen, denn das zerstreut die Aufmerksamkeit. Also: Facebook und E-Mail mal für einige Stunden abschalten. Auch emotionaler Stress führt zu Konzentrationsproblemen. Anstatt sich zu quälen, sollte man lieber ruhig machen und am nächsten Tag mit neuem Elan antreten.

### Mit unterschiedlichen Techniken lernen

Für kurzfristige Lerneffekte können Wiederholungstechniken nützen, bei denen Listen oder Stichworte wiederholt werden. Die Wiederholung sollte geschrieben oder gemalt, gesprochen oder gehört erfolgen. Je mehr Sinne im Lernprozess involviert sind, desto besser kann das Gehirn den Pfad zum neuen Inhalt finden.

Für nachhaltige Lernergebnisse werden vor allem elaborative Übungen empfohlen: einen Text zusammenfassen, ihn in eigenen Worten wiedergeben, eigene Beispiele zum Thema finden. Dies kann schriftlich oder mündlich geschehen, wobei sich hier die Auseinandersetzung mit anderen Lernern empfiehlt, da Inhalte zusammen erarbeitet werden. Ferner haben Lerntreffen den Vorteil, dass sie einen vorgegebenen Start- und Endzeitpunkt haben, so dass nach der Lerneinheit die Freizeit beginnen kann. Ein weiteres wichtiges Instrument ist das Lerntagebuch. Es dient dazu, den Lernprozess zu dokumentieren, sodass der/die Lernende sich nach und nach besser kennlernt und das Lernverhalten reflektiert und angepasst wird. Ein Lerntagebuch anzufertigen bedeutet, nach jeder Lerneinheit, ob alleine oder in der Gruppe, Fortschritte und Schwierigkeiten, Verstandenes und offene Fragen schriftlich zusammen-

fassen. Anschließend wird das Ergebnis der Lerneinheit vom Lernenden selbst bewertet. Auf diese Weise werden die erworbenen Inhalte ein weiteres Mal zusammengefasst und das Lernen selbst aus der Metaperspektive betrachtet. Eine ehrliche Selbsteinschätzung, gutes Ressourcenmanagement, individuelle Lernstrategien und regelmäßige Selbst-evaluation können das Studium angenehmer machen und werden es erleichtern!

Zum Weiterlesen die wichtigsten Grundbegriffe des selbstgesteuerten Lernens von Felix Friedrich: <http://netzwerk.lo-net2.de/fvt/Fortbildung/Paedagogik/Selbstgesteuertes%20lernen.pdf>

Katharina Kutzias hat ihre Diplomarbeit über autonomes Lernen geschrieben. Sie arbeitet an einem Weiterbildungsinstitut in Berlin.



### HEINRICH BÖLL STIFTUNG STUDIENWERK

## Rückenwind für Talente

### Unser Angebot

- Stipendien und ideelle Förderung
- Foren zum interdisziplinären Austausch
- Zugang zu unserem Netzwerk im In- und Ausland
- Alumni-Programm, Mentoring

### Unsere Erwartungen

- Besonders gute Schul- und Studienleistungen
- Gesellschaftliches Engagement und politisches Interesse
- Unterstützung der Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung

Bewerbstermin: 1. März und 1. September

### STIPENDIENPROGRAMM Junge Migrantinnen und Migranten in den Journalismus

Nächster Bewerbstermin 1.9.2013

Weitere Infos auf: [www.boell.de/studienwerk](http://www.boell.de/studienwerk)

### HEINRICH BÖLL STIFTUNG

#### Publikation

### FLEISCHATLAS

Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel

2013



Was hat das Schnitzel auf unserem Teller mit dem Regenwald in Brasilien zu tun?

Wie werden Nutztiere gehalten, und welche Auswirkungen hat Massentierzucht auf Hunger, Armut und Umwelt? Wo gibt es bärgerliche Viehzucht, bei der Tiere und Landflächen aufeinander abgestimmt sind?

### Fleischatlas

Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

in Zusammenarbeit mit BUND und Le Monde diplomatique

3. Auflage, Berlin 2013, 52 Seiten, zahlreiche Abbildungen

Bestellung unter [www.boell.de/publikationen](http://www.boell.de/publikationen)